Bundesministerium
der Verteidigung

Presse- und Informationsstab
Referatsleiter Internet; Öffentlichkeitsarbeit

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30-18-24-29037
FAX +49 (0)30-18-24-29047
E-MAIL bmvgprinfostab2@bmvg.bund.de

BETREFF **Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr**
hier: Ausgabe 2012
DATUM Berlin, 13. Mai 2013

Jugendoffiziere sind wichtige Träger der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, vor allem im schulischen Bereich. Im Einvernehmen mit den Kultusministerien der Länder leisten sie dort einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.

Ihre Beobachtungen und Eindrücke aus dem Jahr 2012 sind in diesem Jahresbericht zusammengefasst und ausgewertet. Der Bericht enthält ihre Erkenntnisse über Einstellungen von Jugendlichen zu Bundeswehr und zur Sicherheitspolitik. Darüber hinaus trifft er Aussagen zur Zusammenarbeit mit Schulen, Organisationen und anderen Institutionen. Hieraus können Impulse für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gewonnen werden.

Grundlagen und Aufgaben der Jugendoffiziere sind in der Anlage 1 des Berichts dargestellt. Die Anlagen 2a/b und 3a/b enthalten Angaben zur Jahresstatistik und zur Entwicklung der letzten Jahre.

Der Bericht gibt die Erfahrungen und Eindrücke der Jugendoffiziere der Bundeswehr wieder und wird vom Bundesministerium der Verteidigung – Presse- und Informationsstab – herausgegeben.

Im Auftrag

Thiermann

Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2012

INHALT

		Seite
I.	**Lageentwicklung**	
1.	Allgemeines	3
2.	Jugendoffiziereinsätze	4
3.	Meinung, Interesse und Kenntnisse der Jugendlichen	7
II.	**Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen**	
1.	Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung	8
2.	Schulen/ Pädagoginnen und Pädagogen	10
3.	Hochschulen	11
4.	Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen	12
5.	Jugendorganisationen der Parteien	13
6.	Besondere/ Weitere Kontakte	13
III.	**Einstellung der Jugendlichen zu bestimmten politischen Themenfeldern**	
1.	Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft	14
2.	Bundeswehr: Auftrag, Legitimation, Einsätze	14
3.	Wehrpflicht und Wehrdienst	16
4.	Sicherheitsbündnisse (VN, NATO, EU, OSZE)	17
5.	Transatlantische Beziehungen	18
6.	Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE, SOE, GUS, RUS)	19
7.	Afrika, Asien, Naher Osten	19
IV.	**Zusammenfassung und Ausblick**	20

Anlagen:

Anlage 1: Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und -unteroffiziere
Anlage 2a: Einsatzstatistik der Jugendoffiziere 2012
Anlage 2b: Einsätze der Jugendoffiziere 2012 nach Zielgruppen
Anlage 3a: Vergleich der Einsatzstatistiken 2002 bis 2012
Anlage 3b: Entwicklung der Einsätze der Jugendoffiziere von 2002 bis 2012

I. Lageentwicklung

1. Allgemeines

In 2012 gab es, im Vergleich zu den Vorjahren, keine wesentliche Lageänderung. Seit nunmehr 54 Jahren stehen die Jugendoffiziere der Bundeswehr als Fachreferenten für Sicherheitspolitik im Dialog mit der deutschen Öffentlichkeit. Authentisch, praxisnah und jederzeit aktuell stellen sich die Jugendoffiziere zu sicherheitspolitischen Themen und den Belangen der Bundeswehr der Diskussion. Gegenüber Schülerinnen und Schülern als Hauptzielgruppe, aber auch im Dialog mit Universitäten, Bildungsinstituten, in Seminaren und bei Messen sowie anderen Großveranstaltungen bringen sie auf Einladung ihre Expertise ein.

Die Nachfrage nach Veranstaltungen der Jugendoffiziere ist unverändert hoch. Die Vermittlung sicherheitspolitischer Sachinformationen, der persönliche Erfahrungshorizont innerhalb der Streitkräfte sowie die Bereitschaft, sich diesbezüglichen Fragen zu stellen, bilden dafür die Grundlage.

Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Lehrkräften ist dabei nach wie vor Ausgangspunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen an den Schulen.
Das weit gefächerte Angebot an Vortragsthemen ermöglicht es den Jugendoffizieren, sich flexibel auf die Wünsche der unterschiedlichen Zielgruppen einzustellen. Dieses Angebotsspektrum wurde im vergangenen Jahr von Lehrerinnen und Lehrern wie auch Schülerinnen und Schülern als sinnvolle Ergänzung zum Lehrplan erachtet und die Inhalte als willkommene Abwechslung und Bereicherung im Schulalltag angesehen.

Die in den vergangenen Jahren geschlossenen Kooperationsvereinbarungen führten zu einer weiteren Intensivierung der bewährten und vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie der Durchführung gemeinsamer Projekte. Darüber hinaus wurden sie von allen Beteiligten als ein Instrument der Kontrolle, Transparenz und Überprüfbarkeit der Arbeit der Jugendoffiziere genutzt. In Nordrhein-Westfalen wurde die Kooperationsvereinbarung am 30. August 2012 durch die Landesregierung modifiziert; der Zugang der Jugendoffiziere zu den Schulen ist davon unberührt.

In einzelnen Bundesländern wurde gelegentlich, manchmal auch lautstark, gegen die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Schulen protestiert. Der Protest hatte seinen Ursprung zumeist im politisch links anzusiedelnden Spektrum und spiegelte sich auch in einer breit angelegten Befassung in den Medien wider. Insgesamt wirkten sich diese Proteste aber nicht negativ auf die Arbeit der Jugendoffiziere oder auf die Kooperationen in den Bundesländern aus.

Methodisch-didaktisch auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt, vermittelten die Jugendoffiziere im Rahmen von Informationsvorträgen in allen Schularten Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr sowie Hintergründe zu den aktuellen Auslandseinsätzen.
Detaillierte Informationen zur Lage in den Einsatzgebieten sowie über Auftrag und Ziel der Missionen wurden genauso erwartet, wie die ungeschönte, authentische Darstellung des Einsatzalltags. Dazu wurden im Berichtsjahr verstärkt auch Live-Schaltungen in die Einsatzgebiete zur direkten Kommunikation für die konkrete Information genutzt. Diese Form der direkten Kommunikation war für die Schülerinnen und Schüler ein außergewöhnliches Erlebnis. Sie hatten auf diese Weise die Möglichkeit, ihre Fragen direkt an die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz zu richten. Diese Trans-

parenz wurde mit Solidarität und Verständnis für die Soldatinnen und Soldaten sowie Anerkennung ihrer Leistungen honoriert.

Das Jahr 2012 stand im Zeichen internationaler sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die Nachwirkungen der Ereignisse in der arabischen Welt, insbesondere in Ägypten und in Libyen sowie der fortdauernde Bürgerkrieg in Syrien, lieferten aktuelle Anknüpfungspunkte für die Tätigkeit der Jugendoffiziere als sicherheitspolitische Referenten.

Im Fall Libyen wurde das deutsche Verhalten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oftmals kritisch hinterfragt. Die deutsche Position fand auch nach ausführlichem Diskurs nicht immer Verständnis.

Das Hauptinteresse der Jugendlichen lag auch im Berichtszeitraum 2012 unverändert nicht im Feld der Sicherheitspolitik. Allerdings weckte die Thematisierung der Auslandseinsätze – insbesondere, wenn sie auf eigenen Erfahrungen der Jugendoffiziere basierten – nachhaltig das Interesse der Schülerinnen und Schüler. Besonders Vorträge über laufende Auslandseinsätze der Bundeswehr wie ISAF (International Security Assistance Force) und die Mission ATALANTA am Horn von Afrika wurden regelmäßig nachgefragt. Themen rund um die Piraterie, deren Ursachen und Folgen sowie der UNIFIL-Einsatz (United Nation Interims Forces in Lebanon) vor der Küste des Libanon wurden hauptsächlich dort nachgefragt, wo schwerpunktmäßig eine räumliche Nähe zur Küste und zu Marinestützpunkten bestanden.

Wachsendes Interesse zeigte sich gegenüber der Einsatzrealität der Soldatinnen und Soldaten sowie den damit verbundenen Belastungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst, die Einsatzvor- und -nachbereitung, aber auch die Problematik Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) wurden immer häufiger thematisiert.

Ähnlich wie in den Vorjahren, wurden die Jugendoffiziere aufgrund des hohen Interesses vieler Jugendlicher an den Streitkräften als Arbeitgeber zu beruflichen Perspektiven und Möglichkeiten befragt. Mit Nachdruck wird in diesen Situationen Lehrkräften wie Schülerinnen und Schülern die Trennschärfe zwischen den Karriereberatern der Bundeswehr und den Jugendoffizieren als Referenten für Sicherheitspolitik erläutert.

Die Jugendoffiziere kommunizierten auch 2012 unmissverständlich, dass sie keine Nachwuchsgewinnung betreiben und somit weiterhin nicht als Ansprechpartner für die Beratung zum beruflichen Einstieg bei der Bundeswehr zur Verfügung stehen. Vielmehr erfüllen sie ihren Auftrag, zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu nehmen und diese Themenfelder ausführlich zu erläutern.
Bei Fragen nach beruflichen Perspektiven in den Streitkräften verweisen die Jugendoffiziere deshalb regelmäßig auf die Karriereberatung. Die Karriereberater werden separat von den Schulen zu Informationsvorträgen eingeladen. Gemeinsame Veranstaltungen von Jugendoffizieren und Karriereberatern werden in Schulen weder angeboten noch durchgeführt.

2. Jugendoffiziereinsätze

Bei 94 Jugendoffizieren im Bundesgebiet und einer Verwendungsdauer auf dem Dienstposten von nicht unter drei Jahren, kommt es zu einer jährlichen Fluktuation von rund 30 Offizieren.

Die Besetzung der Dienstposten der Jugendoffiziere hat eine erfreuliche Entwicklung erfahren. Selbst seit längerer Zeit vakante Dienstposten konnten wieder besetzt werden.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr führten im Berichtsjahr insgesamt 7.081 Veranstaltungen durch und erreichten dabei 175.447 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dies bedeutet im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr einen Rückgang der Veranstaltungszahlen bei gleichzeitiger Zunahme der Anzahl der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die im Vorjahr beobachtete Tendenz des Wandels hin zu kleineren Teilnehmergruppen pro Einsatz hat sich nicht fortgesetzt.

Der sicherheitspolitische Vortrag an Schulen ist weiterhin das Kerngeschäft der Jugendoffiziere. Im Südosten der Bundesrepublik machte der 90-minütige Schulvortrag rund drei Viertel aller Einsätze aus.
In Baden-Württemberg und Bayern bildeten Vorträge an Gymnasien den Schwerpunkt. Darüber hinaus war eine verstärkte Nachfrage aus dem Bereich der Realschulen, Werkrealschulen und Mittelschulen festzustellen. Die hohe Nachfrage stützte sich dabei auf das weiterhin stabile Kontaktnetzwerk der Jugendoffiziere.
In allen Schularten haben die Jugendoffiziere insgesamt 3.858 Vorträge gehalten und sind dabei mit 103.049 Schülerinnen und Schülern ins Gespräch gekommen.

Dabei ist festzustellen, dass Lehrerinnen und Lehrer die Expertise der Jugendoffiziere nutzten, um die Themenfelder der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus erster Hand zu erörtern. Themenschwerpunkt war in allen Bundesländern, wie auch in den vergangenen Jahren, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Insbesondere auch die persönlichen Erfahrungen der Jugendoffiziere im Auslandseinsatz ermöglichten es, den Schülerinnen und Schülern einen authentischen Blick auf die Einsatzrealität und den Alltag der Soldaten im Einsatz zu vermitteln. Immer mehr Jugendoffiziere verfügen mittlerweile über Einsatzerfahrung, die so gewinnbringend für die Informationsarbeit zum Tragen kommt.

Die Nachfrage nach der Simulation Politik und Internationale Sicherheit (POL&IS) war im Jahr 2012 unverändert hoch und überstieg erneut die Kapazitäten der Jugendoffiziere. Im Jahr 2012 wurden bundesweit 1.060 Seminare (einschließlich POL&IS) mit insgesamt 41.894 Teilnehmern durchgeführt.

Die Schulen verknüpfen ausschließlich positive Erfahrungen mit POL&IS. Die drei- bis fünftägige Simulation veranschaulicht nach deren Aussagen besonders nachhaltig die Komplexität sicherheits-, umwelt- und wirtschaftspolitischer Zusammenhänge.
Das führte dazu, dass zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen viele Lehrerinnen und Lehrer stark daran interessiert waren, die Simulation als festen Bestandteil in ihre Unterrichtskonzeption aufzunehmen. POL&IS wird aber nicht nur wegen seiner rein fachlichen Inhalte, sondern auch wegen seiner methodischen wie rhetorischen Lernaspekte von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern gleichermaßen geschätzt. Besonders Letzteren ermöglicht die Simulation einen schülergerechten Einstieg in regionale und globale politische Fragestellungen und machte die besondere Komplexität gegenseitiger Abhängigkeiten persönlich erleb- und nachvollziehbar.

Andererseits zeigen die Erfahrungen auch, dass es schwierig ist, die zeitlich aufwendige Simulation POL&IS mit den inhaltlichen Umfängen der Lehrpläne zu vereinbaren. Die Veranstaltungen fanden daher verstärkt im Rahmen von Projektwochen am Anfang bzw. am Ende des Schuljahres statt.

Aufgrund des hohen Aufwandes für Planung, Durchführungsdauer und benötigte Infrastruktur (z.B. Unterkünfte) ist die Simulation POL&IS aufgrund ihrer Komplexität zwar ein aufwendiges, aber nicht minder effektives Veranstaltungsformat.
Besonders vor dem Hintergrund der Reduzierung von Bundeswehrliegenschaften in der Fläche und damit einhergehender geringerer (für die Teilnehmer kostenneutraler) Unterkunftskapazität, wurde es für die Jugendoffiziere schwieriger, die hohe Nachfrage zu bedienen. Die Jugendoffiziere haben deshalb stärker als bisher mit Stiftungen kooperiert sowie kostengünstige Unterbringungsalternativen, z.B. Jugendherbergen, genutzt.

Die Bedeutung der mehrtägigen sicherheitspolitischen Seminare hat insbesondere in der Multiplikatorenarbeit weiter zugenommen. Diese Veranstaltungen richteten sich vor allem an Multiplikatoren wie Lehrerinnen und Lehrer, Lehramtsanwärterinnen und -anwärter oder Schulleiterinnen und -leiter. Im Falle der Berlin-Seminare aber auch an Schülerinnen und Schüler. Seminarorte wie Berlin, Bonn, Paris, Genf, Straßburg, Brüssel, Prag, Stettin und Wien haben sich als besonders geeignet erwiesen, die Komplexität und Interdependenzen einer mehr und mehr vernetzten Sicherheitspolitik sicht- und erlebbar zu machen. Im Rahmen dieser Veranstaltungen konnten sich die Teilnehmer aus erster Hand bei internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen (VN) und deren Unterorganisationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der NATO (North Atlantic Treaty Organization), der Europäischen Union (EU), aber auch dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) informieren.
Darüber hinaus wurden militärische Dienststellen wie das Eurokorps in Straßburg, das Airborne Early Warning and Control System (AWACS) in Geilenkirchen oder das Multinationale Korps Nordost (MNC NE) in Stettin besucht.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer empfanden die mehrtägigen Seminare generell positiv und begrüßten den offenen, stets auch kritischen Dialog mit den nationalen wie internationalen Gesprächspartnern. Die Lehrerinnen und Lehrer nutzen nach eigenen Angaben die gewonnenen Erfahrungen und vermittelten Inhalte in ihrer eigenen Unterrichtsgestaltung.

Auch die Besuche bei der Truppe waren im vergangenen Jahr ein stark nachgefragtes Veranstaltungsformat. Besonders Haupt- und Realschulen hatten großes Interesse, einen Blick hinter den Kasernenzaun zu werfen und sich selbst ein Bild vom soldatischen Alltag zu verschaffen sowie mit Soldatinnen und Soldaten ins Gespräch zu kommen.
Die abnehmende Präsenz der Bundeswehr in der Fläche sowie die Belastung der Verbände durch die Einsätze im Ausland erschwerte die Durchführung von Besuchen bei der Truppe. 2012 konnten deshalb nicht alle Anfragen der Schulen erfüllt werden. Aus diesem Grund wurde auf „Tage der Schulen“ als Alternative zurückgegriffen. Bei dieser Durchführungsform werden mehrere Schulen bzw. Schulklassen zu einem gemeinsamen Termin in eine Kaserne eingeladen. Dies minimiert einerseits den Aufwand für die Truppe und ermöglicht es andererseits, der hohen Nachfrage der Schulen gerecht zu werden. Dieses kompakte Format transportierte in geeigneter Weise Informationen über Auftrag und Aufgaben des durchführenden Verbandes, aber auch über die Bundeswehr. Es konnten 419 Besuche bei der Truppe mit 13.691 erreichten Schülerinnen und Schülern respektive Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt werden. Im Vergleich zum Vorjahr zeigen rund 100 Besuche mehr einen erfreulichen Aufwärtstrend.

Podiumsdiskussionen sind für die Jugendoffiziere besondere Veranstaltungsformate. Sie bieten die Möglichkeit, auf Argumente und Fragen sowohl der Diskussionspartnerinnen und -partner als auch des Plenums direkt einzugehen und die ressortübergrei-

fende vernetzte Sicherheitsvorsorge der Bundesregierung sowie die wichtigsten Eckpunkte und Instrumente des erweiterten Sicherheitsbegriffs darzustellen.
In insgesamt 73 Veranstaltungen erreichten die Jugendoffiziere 3.522 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. 2012 wurde die Teilnahme von Jugendoffizieren an Podiumsdiskussion häufiger angefragt und sollte – wo immer möglich – auch aktiv angeboten werden; dies gilt insbesondere auch für den Bereich von Universitäten und Hochschulen.
Die Jugendoffiziere nahmen im Berichtszeitraum an 213 Großveranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit (Messen, Ausstellungen, etc.) teil und kamen dabei mit einer Vielzahl von Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch, deren genaue Zahl statistisch jedoch nicht erfasst werden kann. Beispielhaft seien hier die Konzerte der Big Band der Bundeswehr im ganzen Bundesgebiet sowie die Bildungsmesse „didacta“ oder die „Internationale Luftfahrtausstellung“ (ILA) genannt. Die auf der „didacta“ mit Schülerinnen und Schülern live am Messestand durchgeführte POL&IS-Simulation gewährte allen Messebesucherinnen und -besuchern einen Einblick in deren Konzeption, Methodik und Didaktik sowie die praktische Umsetzung dieser Simulation. Die Präsentation stieß bei Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, aber auch Messebesucherinnen und -besuchern auf großes Interesse und führte zu zahlreichen Gesprächen sowie neuen Kontakten, u.a. auch mit Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern.

3. Meinung, Interessen und Kenntnisse der Jugendlichen

Meinungen, Kenntnisse und Interessen der Jugendlichen haben sich im Vergleich zu vergangenen Berichtszeiträumen kaum verändert. Bundesweit nahm Politik und insbesondere Sicherheitspolitik einen eher geringen Stellenwert bei den Schülerinnen und Schülern ein. Die Bundeswehr spielt für Jugendliche nachvollziehbar eine untergeordnete Rolle, ohne jedoch die Institution grundsätzlich abzulehnen oder ihr besonders kritisch gegenüber zu stehen. Ganz im Gegenteil, die Bundeswehr genießt als im Grundgesetz verankerte Institution mit Verfassungsrang in der deutschen Schülerschaft überwiegend Anerkennung und Vertrauen. Dies resultiert insbesondere auch aus den Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen.
Die Auseinandersetzung mit Politik im Allgemeinen und Sicherheitspolitik im Besonderen ist unter anderem von der Schulform und dem damit verbundenen Bildungsniveau abhängig. Eine allgemeine Politikverdrossenheit sowie die Zurückhaltung der Jugendlichen zu sicherheitspolitischen Themen änderte sich in der Regel dann, wenn der persönliche Bezug und die damit verbundene persönliche Betroffenheit gegeben waren. Dies traf insbesondere dann zu, wenn sicherheitspolitische Themenbereiche in der Schule prüfungsrelevant waren oder z.B. über Familienmitglieder und Freunde Anknüpfungspunkte zur Bundeswehr bestanden.

Bundesweit beobachteten die Jugendoffiziere bei ihren Besuchen, dass Schülerinnen und Schüler zum Teil nicht in der Lage sind, komplexere politische Zusammenhänge zu erfassen, der tagesaktuellen Diskussion stringent zu folgen und entsprechende Argumentationslinien zu reflektieren. Gerade weil die Schülerinnen und Schüler die Befähigung erlangen sollen, politische Themen kritisch zu hinterfragen, um sich ein eigenes argumentativ abgeleitetes Urteil bilden zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, politische Bildung methodisch und didaktisch kontrovers anzulegen. Dies kann nicht immer festgestellt werden. Auch geschichtliche Ereignisse wurden des Öfteren verwechselt. Auf die Frage, für welchen Krieg die Ereignisse am 11. September 2001 ausschlaggebend waren, kam nahezu immer die Antwort: der Irak-Krieg, der jedoch erst 2003 begann.

Die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler über die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union und ihre Institutionen waren eher

weniger stark ausgeprägt. Lediglich in den Leistungskursen Politik der gymnasialen Oberstufe war politisches Grundwissen zum Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland, so die Wahrnehmung der Jugendoffiziere, auf Grundlage der Curricula fundierter vorhanden.

Die allgemeine sicherheitspolitische Wahrnehmung wurde fast ausschließlich auf das Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr reduziert. Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler wusste, dass sich deutsche Streitkräfte mit Teilen im Auslandseinsatz befinden. Auch das Themengebiet Terrorismus und die Fragen nach innerer und äußerer Sicherheit wurde in den Schulen diskutiert. Die Jugendlichen nahmen Terrorismus jedoch nicht als persönliche Bedrohung wahr. Frieden und Freiheit wurden eher als abstrakte Größen verstanden, die in einer Demokratie Selbstverständlichkeit sind.
Insgesamt war festzustellen, dass durch den Besuch des Jugendoffiziers in den meisten Fällen die erste kontroverse Debatte über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit nachhaltiger Sicherheitsvorsorge überhaupt stattfand. Anhand konkreter Beispiele konnte den Schülerinnen und Schüler die Komplexität des deutschen Engagements und die Wahrnehmung seiner vitalen sicherheitspolitischen Interessen durch die Einbindung in internationale Bündnissysteme augenfällig vermittelt werden.

Die Schülerinnen und Schüler zeigten deutlich mehr Interesse an Sicherheitspolitik, wenn sie sich selbst in den Gesprächsprozess mit einbringen konnten. Dies wurde in der Wahrnehmung der Jugendoffiziere vor allem bei den POL&IS-Seminaren deutlich. Unabhängig von der Schulform war das Engagement der Schülerinnen und Schüler zudem sehr stark von der jeweils betreuenden Lehrkraft und deren Unterrichtsvorbereitung abhängig.

Das vorhandene sicherheitspolitische Wissen der Schülerinnen und Schüler war in erster Linie durch die mediale Berichterstattung geprägt und umfasste in der Regel auch nur aktuelle Themen, wie z.B. die Diskussion um das iranische Atomprogramm oder den Bürgerkrieg in Syrien.

Ein klarer Trend zeichnete sich im Berichtsjahr hinsichtlich der von den Schülerinnen und Schülern genutzten Medien ab. Printmedien spielten, auch bedingt durch die Tatsache, dass diese zunehmend aus den Elternhäusern zu verschwinden scheinen, keine nennenswerte Rolle mehr. Die Nutzung von Smartphones zur Informationsgewinnung nahm dagegen deutlich erkennbar zu. Tablet-Computer und soziale Netzwerke bestimmen darüber hinaus maßgeblich die Lebenswelt der Jugendlichen und haben erheblichen Einfluss auf das Informationsverhalten als maßgebliche Grundlage der Meinungsbildung.

II. Zusammenarbeit mit und Meinungslage der Behörden, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen

1. Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung

Die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien, den Regierungspräsidien, den Schul- und Schulaufsichtsbehörden sowie den Stellen der regionalen Lehreraus- und Fortbildung gestaltete sich wie auch in den letzten Jahren in allen Bundesländern im Berichtsjahr intensiv, konstruktiv und vertrauensvoll. In nahezu allen Bundesländern existierten etablierte Gesprächsrunden, in denen sich Vertreter der o.g. Dienststellen und die Bezirksjugendoffiziere regelmäßig konstruktiv austauschten.

Besonders in den Ländern, in denen eine Kooperationsvereinbarung besteht, wurde die Zusammenarbeit intensiviert. So gestaltete sich z.B. die Zusammenarbeit mit dem sächsischen Staatsministerium für Kultus und die Unterstützung u.a. bei der Bearbeitung parlamentarischer Anfragen zum Themenbereich der Jugendoffiziere ausgesprochen vertrauensvoll. Unabhängig von den einzelnen Kooperationsvereinbarungen ist die Zusammenarbeit mit allen Bundesländern aktiv und vertrauensvoll ausgeprägt.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landeskommando Nordrhein-Westfalen und der Landesregierung wurde nach der Landtagswahl 2012 modifiziert und wird unverändert von bundeswehrkritischen Institutionen und Verbänden, auch von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), als privilegierter Zugang der Bundeswehr zu Schulen kritisiert. Es wurde sogar die Aufkündigung der Kooperation mit der Bundeswehr gefordert. Sowohl die Vertreter der Landesregierung als auch der Bundeswehr stehen jedoch weiterhin zur bestehenden Vereinbarung, die von beiden Seiten als Gewinn betrachtet wird. Der Ansatz, sich in der Schule mit sicherheitspolitischen Themen, die die Allgemeinheit betreffen, zu befassen, wird hierdurch gestärkt.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden aufbauend auf der bestehenden Kooperationsvereinbarung offene Gespräche mit den Mitgliedern des Bildungsausschusses zur Erhöhung der Transparenz und Vertiefung der Zusammenarbeit geführt und ein gemeinsames sicherheitspolitisches Seminar in Brüssel durchgeführt. Dies hat deutlich zur Klärung zuvor missverständlicher Wahrnehmungen und daraus resultierend zu einer hohen Akzeptanz der Jugendoffiziere und ihrer Arbeit beigetragen.

Die Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung (LpB) ist nicht fest institutionalisiert und regional durchaus unterschiedlich. In Bremen sind die Kontakte und die Projektarbeit besonders intensiv.
In einer ganzen Reihe von Bundesländern sind die Jugendoffiziere in den Fächern Politik und Geschichte fester Bestandteil des Curriculums der Referendarausbildung. Es wurden Studienseminare, POL&IS-Seminare, sicherheitspolitische Seminarfahrten u.a. nach Berlin und Brüssel sowie eine Exkursion zur Bildungsmesse „didacta“ durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit den Kultusbehörden im Saarland, in Hessen, in Bayern und Baden-Württemberg gestaltete sich beinahe traditionsgemäß positiv. Dies wurde auch dadurch offensichtlich, dass Anschreiben der Jugendoffiziere, Seminarangebote sowie Einladungen zu sicherheitspolitischen Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer direkt über die Verteiler der Regierungspräsidien an die zuständigen Schul- und Fachbereichsleiter verschickt wurden. Die Folge führte zu einer hohen Resonanz der angebotenen Veranstaltungsformate.

Als Beispiele für Institutionen, mit denen im Jahr 2012 zahlreiche gemeinsame Projekte, vornehmlich im Bereich der Referendaraus- und Lehrerfortbildung, durchgeführt wurden, sind zu nennen:

- das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) in Sachsen-Anhalt
- das für die Lehreraus- und Weiterbildung zuständige Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)
- die Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (ASG)
- die Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung für Haupt-, Real- und Berufsschulen sowie Gymnasien in Baden

- die Sächsische Bildungsagentur (SBA)
- die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz (ADD).

Das Renommee und die fachliche Akzeptanz auf Ebene der Landesschulbehörden spiegelten sich im Berichtsjahr auch in der Tatsache wider, dass beispielsweise im Land Thüringen die Expertise der Jugendoffiziere mit in die Zertifizierung von sicherheitspolitischen Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte einging.

2. Schulen / Pädagoginnen und Pädagogen

Die Jugendoffiziere beschrieben unabhängig voneinander die Zusammenarbeit mit Pädagoginnen und Pädagogen als einen Kernbereich ihrer Arbeit, durch die langjährigen Kontakte gewachsen, als uneingeschränkt vertrauensvoll. Wie in den Vorjahren war das persönliche Kennen unverändert der Garant für den Abbau von Vorurteilen und das Halten der bestehenden Kontakte. Die Zusammenarbeit war durchgängig als gut bis sehr gut zu bewerten.
Lehrerinnen und Lehrer sahen in dem Jugendoffizier regelmäßig den kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen in Verbindung mit Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Lehrkräfte bewerteten die Informationsangebote der Jugendoffiziere für den Unterricht durchgängig als gewinnbringend. Externe Referenten, die „tagesaktuell“ über Auslandseinsätze der Bundeswehr informieren und Sicherheitspolitik zum Anfassen kommunizieren, sind, so die Lehrerinnen und Lehrer, eine Bereicherung der oft etwas „trockenen Schulpraxis“. Darüber hinaus beeinflussten die bisherigen Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer mit der Bundeswehr im Allgemeinen bzw. den Jugendoffizieren im Besonderen die Zusammenarbeit. Besonders Lehrer, die selbst gedient hatten und solche, die seit Jahren mit der Bundeswehr zusammenarbeiten, nutzten das Angebot der Jugendoffiziere intensiv.

Sozialkundelehrerinnen und -lehrer berichteten, dass durch die Einbindung von Fachleuten, Referenten, Zeitzeugen und Betroffenen, Lerninhalte eindeutig effizienter und anschaulicher vermittelt werden konnten. Gerade die Jugendoffiziere, die oft der erste Kontakt der Schülerinnen und Schüler mit der Bundeswehr waren, leisteten damit einen Beitrag zur Entwicklung wissensbasierter Urteilsfähigkeit und sicherheitspolitischer Meinungsbildung.

Einige Jugendoffiziere nannten Beweggründe der Lehrerinnen und Lehrer für die Einladung zu einem Vortrag: So gäbe es die engagierten und offenen Lehrerinnen und Lehrer, die ihren Unterricht mit einem Expertengespräch bereichern wollen. In diesen Klassen treffen die Jugendoffiziere auch regelmäßig auf gut vorbereitete und vor allem an der Sache interessierte Schülerinnen und Schüler. Dies ließe sich über die Jahre hinweg auch damit belegen, dass der Vertreter der Bundeswehr in verschiedene Klassen/Jahrgangsstufen von stets ein und derselben Lehrkraft eingeladen wurde.
Viele Lehrerinnen und Lehrer beklagten zudem den täglichen Zeit- und „Stoffdruck“, der auf ihnen laste, weshalb eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Sicherheitspolitik kaum bzw. gar nicht möglich sei. Insbesondere in diesen Fällen griffen die Lehrerinnen und Lehrer dann gern auf das Angebot der Jugendoffiziere zurück.

Die ablehnende Haltung der GEW gegenüber den Jugendoffizieren sowie das Engagement von erklärten „Friedensinitiativen“ hatten in Verbindung mit der neu gefassten Kooperationsvereinbarung in Nordrhein-Westfalen bei einigen Lehrerinnen und Lehrern spürbar zu Verunsicherung geführt. Durch eine missverständliche Interpretation war im öffentlichen Raum der Eindruck entstanden, es sei für die Schulen verpflichtend, einen gleichberechtigten „Gegenpart“, z.B. eine/einen Vertreterin/-ter der Frie-

denbewegung, zu Veranstaltungen des Jugendoffiziers einzuladen. Dieser Umstand führte bei manchen Lehrbeauftragten zu Irritationen und Nachfragen, die allerdings durch das Kultusministerium zügig beantwortet und ausgeräumt werden konnten.

In zahlreichen „Erst-Informationen“ über die Tätigkeit der Jugendoffiziere gelang es, viele Lehrerinnen und Lehrer neu zu gewinnen und von den Informationsangeboten der Jugendoffiziere zu überzeugen. Dabei wurden die Anschreiben an die Schulen gerade auch von vielen jungen Lehrerinnen und Lehrer dankbar aufgenommen. Diese waren dann meist offener für neue Wege der Unterrichtsgestaltung abseits des „normalen“ Stundenplans, auch wenn es bis zu diesem Zeitpunkt mit den betreffenden Schulen keine Zusammenarbeit gab. Vereinzelt kam es sogar vor, dass vermittelte Inhalte oder Seminare, wie zum Beispiel POL&IS, verbindlich in den Lehrplan der jeweiligen Bildungseinrichtung aufgenommen wurden.

Die Rückmeldungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler waren, und diese Erfahrung machten die Jugendoffiziere in allen Betreuungsbereichen, durchweg positiv. Die Stimmung gegenüber der Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten war grundsätzlich eher positiv, aber nicht immer kritiklos. Nahezu alle Lehrerinnen und Lehrer lobten die offene und ehrliche Art sowie die umfassende und kontroverse Schilderung sicherheitspolitischer und bundeswehr-spezifischer Sachverhalte. Ebenso erfuhr die technisch anspruchsvolle Ausstattung der Jugendoffiziere (Laptop, Beamer, etc. …) entsprechende Würdigung.

Eine restriktive Haltung oder kategorische Ablehnung gegenüber den Jugendoffizieren war im Jahr 2012 im schulischen Bereich bundesweit nicht festzustellen. Einzig nennenswert ist ein Vorgang in einem Bremer Schulzentrum. Die Schülervertreterinnen und -vertreter hatten hier auf Grundlage einer Informationsbroschüre der Informationsstelle Militarisierung (IMI) eine Schülervertretungssitzung einberufen. Damit folgte man dem Antrag eines Lehrers, das Kollegium über die Durchführung einer bereits vereinbarten Simulation POL&IS votieren zu lassen. Das Kollegium entschied sich dabei nicht nur gegen die konkrete Veranstaltung, sondern beschloss, generell mit der Bundeswehr nicht zu kooperieren. Auch eine Information über die Arbeit der Jugendoffiziere war nicht erwünscht.
Leider wurde den betroffenen Jugendoffizieren zu keiner Zeit die Gelegenheit eingeräumt, sich im offenen Dialog den Meinungen zu stellen.

3. Hochschulen

Der positive Trend der Kooperation zwischen Hochschulen und den Jugendoffizieren setzte sich auch im Jahr 2012 fort. Im Schwerpunkt wurden sicherheitspolitische Seminarfahrten und Informationsvorträge nachgefragt. Die Einstellungen der Studentinnen und Studenten an den Universitäten und Fachhochschulen, zu denen Kontakte gepflegt werden, reichten nach Einschätzung der Bezirksjugendoffiziere von einer neutral-offenen Haltung bis hin zu einer positiven Grundeinstellung gegenüber der Bundeswehr. Auslandseinsätze wurden vom Grundsatz her als wichtiger Beitrag deutscher Außen- und Sicherheitspolitik akzeptiert, jedoch auch, und dies gilt insbesondere für den Einsatz in Afghanistan (ISAF), kritisch hinterfragt.
Die Intensität der Zusammenarbeit mit den Hochschulen war regional unterschiedlich ausgeprägt. In den östlichen Bundesländern verzeichneten die Thüringer Jugendoffiziere die umfangreichste Zusammenarbeit mit den dortigen Hochschulen. Das betraf die Verwaltungsfachhochschule Gotha und die Friedrich-Schiller-Universität Jena. Auch besteht seit fünf Jahren ein Lehrauftrag an der Universität Erfurt für das Seminar „Aspekte der Internationalen Friedens- und Konfliktforschung“, für das europaweit aner-

kannte Noten gemäß dem „European Credit Transfer and Accumulation System“ (ECTS) vergeben werden.

Im Bereich des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen existieren neben dem Arbeitskreis Sicherheitspolitik der Universität Münster (ASIUM) gute Kontakte zur Universität zu Köln, zur Universität Duisburg-Essen und zur Universität Bielefeld. Hier wurde regelmäßig die Thematik „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ sowie der Ansatz der „Vernetzten Sicherheit“ angefragt. Erstmalig arbeiteten die Jugendoffiziere im vergangenen Jahr mit der Universität Bonn sowie bereits zweimal mit der Andrassy-Universität in Budapest zusammen. Eine Fortsetzung in 2013 ist bereits geplant.

Auch in Rheinland-Pfalz konnte an der Universität Trier ein hochwertiger Kontakt zur Hochschulgruppe Außen- und Sicherheitspolitik hergestellt werden. Sicherheitspolitische Seminare fanden ferner mit der Technischen Universität Kaiserslautern sowie den Universitäten Mainz und Landau statt.
In Hessen wurden ebenfalls gemeinsame Projekte mit dem Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (Philipps-Universität Marburg) initiiert.

In Norddeutschland verdient die Zusammenarbeit mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Beachtung. Das Institut setzt sich mit den völkerrechtlichen Grundlagen von Einsätzen bewaffneter Streitkräfte auseinander und ließ den Erfahrungsschatz der Jugendoffiziere für die Studentinnen und Studenten gewinnbringend einfließen.
In Bayern bestehen Kontakte mit der Hochschule Erlangen-Nürnberg, der Universität Würzburg und der Universität Augsburg. In Baden-Württemberg unterstützen die Jugendoffiziere mit ihrer Expertise an den Universitäten Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Tübingen, an den Pädagogischen Hochschulen Weingarten und Schwäbisch Gmünd sowie an der Hochschule Furtwangen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass das anspruchsvolle und kritische Publikum an den Hochschulen sich intensiv in die Diskussionen einbrachte und sich von der Offenheit der Bundeswehr überrascht zeigte.
Alle beteiligten Jugendoffiziere führten ihre Akzeptanz als Fachreferenten innerhalb der Hochschullandschaft auch auf ihre durchlaufene Ausbildung sowie die intensive Informationsweitergabe und -versorgung zurück.
Es gab im Berichtszeitraum keine negativen Erfahrungen der Jugendoffiziere an den Hochschulen.

4. Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendoffizieren und Arbeitgeber-/Arbeitnehmerorganisationen bestand bis auf wenige Ausnahmen in 2012 im gesamten Bundesgebiet nur aus vereinzelten Kontakten.
Als jährlich etablierte Veranstaltung wurde die Kooperation mit der gemeinsamen Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ in Mecklenburg-Vorpommern e.V. des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Volkshochschulverbandes fortgesetzt. Des Weiteren konnten mit ver.di Nord mehrere sicherheitspolitische Seminarfahrten nach Brüssel erfolgreich durchgeführt und für das Folgejahr vereinbart werden.
Im Zuge der Diskussion um die Kooperationsvereinbarung in Baden-Württemberg fand eine Gesprächsrunde mit Vertretern des Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Landesvorsitzenden statt, die ergebnisoffen verlief. Darüber hinaus bestanden in Baden-Württemberg ebenso wie in Bayern keine weiteren Kontakte.

Auch im Zuständigkeitsbereich des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen kann über vereinzelte Zusammenarbeit berichtet werden. Im Betreuungsbezirk Westfalen-Lippe bestanden Kontakte zur Gewerkschaft Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), wobei im Berichtsjahr ein Multiplikatorengespräch geführt wurde. In Frankfurt am Main gab es mehrere Versuche, sich mit der GEW auszutauschen, die allerdings ergebnislos verliefen, da diese jegliche Gesprächsangebote der Jugendoffiziere ablehnte.

5. Jugendorganisationen der Parteien

Wie auch im Vorjahr waren Intensität und Häufigkeit der Kontakte regional und parteienspezifisch unterschiedlich. Besonders aufgeschlossen standen die Jugendorganisationen der CDU den Angeboten der Jugendoffiziere gegenüber. Die Junge Union ist tendenziell der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellt. Die Teilnahme an Vorträgen und Seminarfahrten in der Vergangenheit und die vermehrte Nachfrage nach kreis- und regionenübergreifenden POL&IS-Seminaren belegten dieses Interesse.
In Mecklenburg-Vorpommern wurden erste konstruktive Gespräche mit den Jungsozialisten der SPD geführt, von denen einige Mitglieder im weiteren Verlauf an einem POL&IS-Seminar teilnahmen.

Thematische Schwerpunkte waren parteiübergreifend die Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes und die Außenpolitik Deutschlands, beispielsweise im Fall des deutschen Abstimmungsverhaltens zu Libyen. Da sich die Zusammenarbeit vornehmlich auf Kreis- und Regionalebene beschränkte, wurden auch häufig Standortentscheidungen im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr aufgegriffen.

6. Besondere/ Weitere Kontakte

Die Jugendoffiziere sind in ihren Betreuungsbereichen gut und breit vernetzt. Dies ermöglichte ihnen, eine Vielzahl neuer Kontakte zu knüpfen. So bestehen in jedem Betreuungsbereich persönliche Kontakte zu den unterschiedlichsten Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Hierzu zählten unter anderem regionale Lions- und Rotary Clubs, die Deutsche Gesellschaft für Vereinte Nationen e.V., das Technische Hilfswerk, Feuerwehren, diverse parteinahe Stiftungen aller Prägungen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, die Europaunion, die Europäische Akademie Bayern, die Jugendakademie Mannheim, die Deutsch-Atlantische Gesellschaft, die Schulen für den Bundesfreiwilligendienst, die Polizeiakademien der Bundesländer und eine Vielzahl von Kommunalpolitikern.

Besonders hervorzuheben sind Projekte im internationalen Rahmen. Die Jugendoffiziere Münster führten wiederholt ein bi-nationales POL&IS in englischer Sprache mit deutschen und niederländischen Schülerinnen und Schülern durch. Der Hildener Jugendoffizier organisierte in Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Partnerschaft mit Israel“ ein Seminar mit deutschen und israelischen Schülerinnen und Schülern.

Eine weitere Besonderheit der internationalen Zusammenarbeit war eine POL&IS-Simulation, die Jugendoffiziere aus Potsdam und Berlin zusammen mit dem American Jewish Committee (AJC) durchführten. Teilnehmerinnen und -nehmer waren jüdische Studentinnen und Studenten aus den USA sowie Studentinnen und Studenten und Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg.

Die Verbindung zum AJC wird traditionsgemäß intensiv gepflegt. Im Zuge der jährlich stattfindenden Auslandsausbildungsreise in die USA besuchen die Jugendoffiziere das AJC in New York.

Als Pilotprojekt gelang es in Wetzlar, ein POL&IS-Seminar in Kooperation mit der Carl-Strehl-Schule, angegliedert an die Blinden-Studien-Anstalt-Marburg, zu verwirklichen. Die Durchführung mit blinden bzw. stark sehbehinderten Teilnehmerinnen und -nehmern war bemerkenswert und erforderte eine besonders umfangreiche Vorbereitung. Als Ergebnis kann von einer mehr als positiven Resonanz berichtet werden.

Die sehr guten Verbindungen der Jugendoffiziere zu Mandatsträgern auf Regional- und Bundesebene führten auch im vergangenen Jahr zu mehreren Praktika bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Dabei erhielten die Offiziere zeitlich befristet in den Abgeordnetenbüros wertvolle Einblicke in die praktische parlamentarische Arbeit. Diese Erfahrungen ermöglichen in Folge eine noch detailliertere Vermittlung politischer, vor allem sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse. Praktika bei Abgeordneten sind beste Weiterbildung für die Jugendoffiziere und stärken einerseits ihr Fachwissen und andererseits ihre Glaubwürdigkeit bei den Mandatsträgerinnen und -trägern. Ein richtig gewählter pluralistischer Ansatz, der es den Jugendoffizieren ermöglicht, sich unvoreingenommen auch mit anderen Positionen als der offiziellen Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu befassen und auseinander zu setzen.

III. Einstellung Jugendlicher zu bestimmten politischen Themenfeldern

1. Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft

Abhängig von der Schulform ist unverändert ein Defizit bei Grundkenntnissen und dem Interesse an Politik im Allgemeinen sowie Sicherheitspolitik im Besonderen feststellbar. So haben sicherheitspolitische Themen im Lebensalltag der Jugendlichen keine hohe Priorität. Allerdings ließ sich das beobachtete Desinteresse größtenteils auflösen, wenn den Jugendlichen die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme und Mitgestaltung bei der Behandlung der Fachthemen eröffnet wurde.

Das Wissen über aktuelle Entwicklungen im Bereich Politik, Parteien, Staat und Gesellschaft erwarben die Jugendlichen außerhalb des Schulunterrichts hauptsächlich über die Medien, das Fernsehen, das Internet und über die sozialen Netzwerke.
Im gesamten Bundesgebiet war zu beobachten, dass sich in der Haltung der Jugendlichen die grundsätzliche Skepsis der Bevölkerung gegenüber Politik und dem Streben nach Individualisierung widerspiegelte.
Der Staat wird von vielen als „Dienstleister“ empfunden. Zum Beispiel wurde das Privileg, in die Schule gehen oder studieren zu können, als selbstverständlich angesehen und nicht mit einem stabilen politischen System in Verbindung gebracht. Persönlichkeitsrechte und Wohlstand werden als selbstverständlich erachtet. Diskussionen im Familienkreis beschränkten sich nach Aussagen zumeist auf Themen, die sich unmittelbar auf das persönliche Umfeld auswirken. Hierzu zählen Arbeitsmarkt-, Familien- oder Gesundheitspolitik eher als Sicherheitspolitik. Die Auseinandersetzung mit dem Nutzen einer auf Kontinuität ausgerichteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde eher selten wahrgenommen.

Parteien, politische Strukturen und Prozesse wurden von den Jugendlichen meist als kompliziert, bürokratisch und sogar als lebensfern bewertet. Politikerinnen und Politiker bzw. Parteien wurden durchaus kritisch betrachtet und ihre Glaubwürdigkeit häufig

in Frage gestellt. Die politische Diskussion zwischen den Parteien wurde „unisono“ als ermüdend und unverständlich bezeichnet. Eine Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen oder parteipolitischen Konzepten schien kaum bis gar nicht stattzufinden. Ferner wurden die eigene Rolle im demokratischen System und die eigenen Einflussmöglichkeiten als eher gering eingeschätzt. Grundsätzlich konnte in diesem Zusammenhang ein abnehmendes Vertrauen in Politiker und staatliche Institutionen – die Bundeswehr ausgenommen – festgestellt werden. Dies war allerdings eher als ein diffuses Misstrauen zu beschreiben, da die Schüler keine konkreten Beispiele nennen konnten, sondern eher eine bedrückende Gefühlslage beschrieben.

2. Bundeswehr: Auftrag, Legitimation, Einsätze

Das Ansehen der Bundeswehr als Institution war unverändert hoch, auch wenn das Interesse der Jugendlichen an der Bundeswehr selbst und dem sicherheitspolitischen Umfeld eher als gering eingestuft werden kann.

Die Bundeswehr wird von den Schülerinnen und Schülern heute nicht mehr als Verteidigungsarmee, sondern als „Armee im Einsatz“ wahrgenommen. Das kritische Hinterfragen dieser Rolle vor der verfassungsrechtlichen Aufgabenstellung der Streitkräfte fand nur bedingt statt. Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und die hieraus resultierenden Risiken, aber auch die Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung und der Staatengemeinschaft, waren den Jugendlichen nur wenig bewusst. Sicherheitspolitische Bedrohungen wie Proliferation, Internationaler Terrorismus oder Migration wurden von einem Großteil der Jugendlichen, wenn überhaupt, nur abstrakt wahrgenommen.

Der Prozess der Mandatierung von Auslandseinsätzen und die daraus resultierende Legitimation wurde von den Schülerinnen und Schülern nur selten mit dem Bundestag und damit dem Primat der Politik in Verbindung gebracht. Dass die Bundestagsabgeordneten für die Entsendung deutscher Streitkräfte verantwortlich zeichnen, führte schnell zu genereller Kritik an der Legislative und Politik. Auch an dieser Stelle offenbarten sich sehr häufig Lücken im demokratischen Basiswissen.

Die Vorstellung der Jugendlichen über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland reichte von „Brunnen bohren“ über „Terrorbekämpfung“ und „Piratenjagd“ bis hin zu „Gefechten hoher Intensität“. Als Begründung für das Engagement der Bundeswehr wurden primär das wirtschaftliche Interesse an Ressourcen und sekundär sicherheitspolitische Interessen vermutet. An dieser Stelle war es in den Gesprächen, Diskussionen und Unterrichten stets geboten, die sicherheitspolitischen Zielsetzungen und Interessen der Bundesrepublik Deutschland durchaus detailliert zu verdeutlichen.
Die Einsätze der Bundeswehr im Ausland wurden als wichtige Aufgabe wahrgenommen. Der Afghanistan-Einsatz ist den Schülerinnen und Schülern präsent und mit Abstrichen die Mission ATALANTA. Hier zeigte sich, dass die Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit sehr stark von der aktuellen Darstellung in den Medien abhängig ist. Der Afghanistan-Einsatz war in den Medien am präsentesten und blieb damit nachhaltiger in Erinnerung und wurde eindeutig als Kampfeinsatz gesehen und häufig kritisch hinterfragt. Der tatsächliche Auftrag von ISAF (International Security Assistance Force) sowie bereits erreichte Erfolge waren kaum bekannt. Es wurden in der Regel eher die Negativschlagzeilen angesprochen. Die Rückverlegungsperspektive wurde dabei häufig als Eingeständnis des Misserfolgs interpretiert.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr wurde nur vereinzelt von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern thematisiert. Gleichwohl wurde die damit verbun-

dene Verschlankung der Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung als richtige Entscheidung zur „Kosteneinsparung“ und „Spezialisierung“ betrachtet. Die Vorstellung war weit verbreitet, dass die Entscheidung zur Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes und die Umwandlung der Streitkräfte in eine Freiwilligenarmee von der Bundeswehr selbst ausging und durch diese getroffen wurde.

Persönliche Kontakte zu Soldatinnen und Soldaten sind für Schülerinnen und Schüler heute spürbar eher die Ausnahme. Deshalb beginnt die Bundeswehr in der Erlebenswelt der Jugendlichen weiter zurück zu treten. Die Schülerinnen und Schüler nutzen deshalb die Jugendoffiziere als einzige verbliebene Ansprechpartner, um ihre berechtigten Fragen zu den Themen Angst, Tod, Verwundung, Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS), der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie nach den Beweggründen für den Eintritt in die Streitkräfte, zu stellen.
Je nach Intensität der aktuellen Berichterstattung in den öffentlichen Medien erkannten die Jugendlichen sehr wohl die Zunahme der mit dem Soldatenberuf verbundenen Risiken für Leib und Leben. In diesem Zusammenhang berichteten die Jugendoffiziere von einer gewachsenen Solidarität mit den Soldatinnen und Soldaten bezüglich ihrer persönlichen Belastungen, auch wenn die Einsätze nicht immer befürwortet wurden. Die persönlichen, im Einsatzland gewonnenen Eindrücke der Jugendoffiziere waren für die Schülerinnen und Schüler, unabhängig von deren Schulform, flächendeckend von herausragendem Interesse.

Zum Ende des Jahres 2012 wurden vor allem in Veranstaltungen mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Referendarinnen und Referndaren die Entwicklungen in Mali und die sich zuspitzende Bürgerkriegssituation in Syrien Gegenstand der Diskussion. Dies schloss – zu diesem Zeitpunkt – erstmals auch die erwogene Verlegung deutscher „Patriot-Flugabwehrsysteme“ in die Türkei ein.

3. Wehrpflicht und Wehrdienst

Die Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes war für die Schülerinnen und Schüler kein Thema. Viele Jugendliche waren der Meinung, dass der Dienst in den Streitkräften durchaus sinnvoll und wichtig ist, jedoch von anderen und freiwillig übernommen werden sollte. In den Diskussionen wurde auch nach der persönlichen Meinung des Jugendoffiziers zur Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes gefragt; dies aber vor allem von Lehrern, Schulleitern und älteren Mitbürgern, die selbst noch Wehrdienst geleistet hatten.
Es ist festzustellen, dass die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und die hiermit verbundene freie Entscheidung von den Jugendlichen als wichtiger Schritt im Sinne der Wehrgerechtigkeit begrüßt wurden.
Weitere Nachfragen beschränkten sich zumeist nur auf die Nachwuchssituation in den Streitkräften. Hier war die Meinung verbreitet, dass der Bundeswehr hauptsächlich aufgrund der Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes der Nachwuchs fehle.

Detaillierte Fragen zum Freiwilligen Wehrdienst (FWD) und den entsprechenden Karrieremöglichkeiten wurden hauptsächlich in den Haupt- und Realschulen gestellt. Dort wird der Dienst in den Streitkräften als sinnvolle Alternative auf dem Arbeitsmarkt angesehen und teilweise mit großem Interesse nachgefragt. Bei konkreten Anfragen zum FWD verwiesen die Jugendoffiziere konsequent an die regional zuständigen Karriereberaterinnen und Karriereberater.

4. Sicherheitsbündnisse (VN, NATO, EU, OSZE)

Das Wissen der Jugendlichen über bestehende internationale Organisationen und Bündnissysteme und die damit verbundenen Zielsetzungen und Verpflichtungen war insgesamt eher weniger stark ausgeprägt. Auch wenn die verschiedenen Institutionen mitunter richtig zugeordnet wurden, sind die Aufgaben dieser Institutionen kaum bekannt.

Die Vereinten Nationen (VN) sind die internationale Organisation, die dem Großteil der Schülerinnen und Schüler am geläufigsten war. In der Regel wurden die VN vor allen anderen Institutionen von den Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht behandelt. Die Meinung zu den Vereinten Nationen war tendenziell sehr positiv; in einigen Betreuungsbereichen der Jugendoffiziere auch deutlich positiver als in den vorangegangenen Jahren. Die VN wurden als Streiter für den Weltfrieden anerkannt und geachtet; ihre verschiedenen Hauptorgane und Sonderorganisationen mit ihren Aufgaben waren den Jugendlichen allerdings selten bekannt.
Ebenso wurden die Bedeutung der VN und ihre Rolle für die internationale Friedenssicherung in den Informationsvorträgen kommuniziert. Gleiches gilt für die Bedeutung der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die Notwendigkeit eines völkerrechtlichen Mandates für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland sowie die Rechtsgrundlagen für Auslandseinsätze allgemein. Hier zeigte sich, wie auch in den Jahren zuvor, die Stärke von POL&IS, in deren Verlauf die Schülerinnen und Schüler praktisch erfahren, wie die VN idealerweise arbeiten und politische Entscheidungsprozesse vorbereiten und umsetzen.

Obgleich die VN einen positiven Ruf genießen, wurde vereinzelt starke Kritik geäußert. Insbesondere die so wahrgenommene Untätigkeit im Syrien-Konflikt durch die Blockadehaltung Russlands und Chinas schadete dem Ansehen und zog die Legitimität von Veto-Mächten in Zweifel. Unverständnis löste vor allem das unterschiedliche Vorgehen in Libyen und Syrien aus.

Die NATO wurde, so die einhellige Wahrnehmung der Jugendoffiziere, nicht als politisches, sondern als rein militärisches Bündnis angesehen, das hauptsächlich die Interessen der USA vertrete und keine europäische Prägung zulasse. Die Schülerinnen und Schüler konnten oft nicht erklären, was die Abkürzung NATO bedeute. Der Bündnisfall der NATO nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war vielen Jugendlichen bekannt, die daraus resultierenden militärischen Einsätze dennoch nicht immer akzeptiert.

Die Europäische Union (EU) war vor allem aufgrund der Berichterstattung zur Finanzkrise ein Begriff und wurde in erster Linie als reines Wirtschaftsbündnis verstanden. Die Tatsache, dass die EU auch ein sicherheitspolitischer Akteur ist, eigene militärische Operationen im Rahmen der internationalen Friedenssicherung durchführt und dazu auch militärische Fähigkeiten aufbaut, war den Jugendlichen trotz der gelegentlichen Wahrnehmung des ATALANTA-Einsatzes in den seltensten Fällen bekannt.
Die einzelnen Organe und Aufgaben der EU waren den meisten Jugendlichen nur wenig geläufig. Die Rolle Deutschlands innerhalb des Vertragsgebietes wurde in der Wahrnehmung auf die des „Zahlmeisters Europas“ reduziert.
Überraschend und gleichzeitig alarmierend waren die Reaktionen vieler Schülerinnen und Schüler auf die Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU. Von Unverständnis bis hin zu Ablehnung und „Wut“ war fast alles vertreten. Dass die EU seit Jahrzehnten ein Stabilitätsanker für Frieden und Sicherheit und damit Kern des europäischen Stabilitätsraumes ist, musste den meisten Schülerinnen und Schüler umfassend vermittelt

werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Unterstützungs- und Ausbildungsmissionen, z.B. in Mali, das Meinungsbild beeinflussen werden.

Die in der Öffentlichkeit gelegentlich als Unterorganisation der VN wahrgenommene Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war den meisten nicht bekannt oder wurde als wenig relevant erachtet. Bestenfalls wurde sie mit Wahlbeobachtungen in Verbindung gebracht, nicht jedoch so sehr als „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ wie der Name unterstreicht.

Im gesamten Bundesgebiet konnten die Jugendoffiziere feststellen, dass die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen der Auffassung war, dass die Budgets für Sicherheit und Verteidigung generell zu hoch seien. Auch die Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Abhängigkeit und notwendigem sicherheitspolitischen Engagement änderte hieran nichts. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besteht kaum Verständnis für hohe Verteidigungsausgaben.

5. Transatlantische Beziehungen

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika wurde von den Jugendlichen regional recht unterschiedlich eingeschätzt. Während in den südlichen Bundesländern die transatlantischen Beziehungen Beachtung erfuhren, jedoch nicht weiter bewertet oder als besonders wichtig angesehen wurden, war die Sicht auf die USA im Norden und Osten der Republik teils sehr kritisch und mitunter von Ressentiments geprägt. Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise in den USA wurde oft eine gewisse Schadenfreude über den „Niedergang der Vereinigten Staaten“ geäußert. Auch hätten die USA nach Meinung vieler Jugendlicher ihren Status als Weltmacht bereits verloren. Die USA wurden zwar nach wie vor als militärisch überlegen angesehen, politisch und wirtschaftlich hätten sie jedoch ihre Führungsstellung und ihren Einfluss in der Welt bereits an andere Mächte verloren. Vereinzelt wurden China oder sogar Russland als die tonangebenden Mächte wahrgenommen.

Fakten über die Geschichte oder Entwicklung der transatlantischen Beziehungen, gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Deutschland und den USA und gemeinsame Fundamente in der Außen- und Sicherheitspolitik waren in der Regel, wenn überhaupt, nur Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II bekannt. Allgemein empfanden die Schülerinnen und Schüler die US-Außenpolitik häufig als eigennutzorientiert und reduzierten diese auf die Militäreinsätze.

Das Meinungsbild über die USA entsprach eindeutig dem der jeweils aktuellen Darstellung in den einschlägigen Medien. Der weltweite Einsatz der US-amerikanischen Streitkräfte zur mutmaßlichen Sicherung von Ressourcen sowie die Nutzung von Kampfdrohnen ließ die amerikanische Regierung in den Augen der Schülerinnen und Schüler als besonders aggressiv erscheinen. Auch wurden die USA für Koranverbrennungen durch deren Soldaten deutlich kritisiert. Weiterhin hielten sich hartnäckig Verschwörungstheorien, zum Beispiel zu den Anschlägen vom 11. September 2001.

Wenngleich Vorurteile gegenüber den Vereinigten Staaten seit dem Amtsantritt Barack Obamas merklich zurückgingen, wurde jegliches Handeln der US-Administration von einer großen Zahl der Jugendlichen nach wie vor kritisch bis negativ beurteilt. So wurden den USA Alleingänge – wie z.B. im Irak unterstellt, bei denen sie sich selten an internationale Abmachungen hielten. Tatsächliche Problemlösungen in Konfliktsituationen wurden den US-Amerikanern kaum zugetraut. Der von US-Präsident Obama angeordnete mittlerweile abgeschlossene Abzug aus dem Irak und der für 2014 vorgesehene

Truppenabzug aus Afghanistan war den meisten Jugendlichen unbekannt und wurde verwundert zur Kenntnis genommen. Das amerikanische Engagement während der Libyenkrise wurde zum Wohle der libyschen Bevölkerung anerkannt. In diesem Zusammenhang empfanden viele Jugendliche aber Unverständnis, warum die USA nicht im gleichen Maße in Syrien eingriffen, um dort die Bürgerkriegssituation zu beenden.

Die Wiederwahl Obamas zum Präsidenten wurde von den meisten Jugendlichen mit Interesse verfolgt und im Ergebnis begrüßt. Er steht in der Wahrnehmung der Jugendlichen für die größte Schnittmenge mit den Vorstellungen der deutschen Politik, ohne dass dies jedoch inhaltlich begründet werden konnte. Unabhängig vom politischen Geschehen empfanden hingegen sehr viele Jugendliche Sympathie für den „american way of life“. Das Interesse an Kultur, Musik, Lifestyle und Sport war dementsprechend weiter stark ausgeprägt.

6. Europäische Nicht-NATO-Staaten (MOE, SOE, GUS, RUS)

Bei der Betrachtung europäischer Nicht-NATO-Staaten genossen insbesondere Österreich (EU-Beitritt 1995) und die Schweiz bei Jugendlichen ein sehr hohes Ansehen. Dies wurde oft damit begründet, dass Neutralität in den Augen der Jugendlichen grundsätzlich von Vorteil sei und ihrer Meinung nach auch als Vorbild für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gelten könne. Die Entwicklung der osteuropäischen Staaten verfolgten Jugendliche mit geringem bis gar keinem Interesse. Lediglich durch die Austragung der Fußball-Europameisterschaft 2012 rückten die Ukraine und Weißrussland kurzzeitig in das Interessenfeld der Jugendlichen.

Die Entwicklung Russlands wird von den Schülerinnen und Schülern durchaus wahrgenommen und verfolgt. Die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen und die gegenseitig stark ausgeprägten wirtschaftlichen Beziehungen werden diskutiert. Dabei wurde die derzeitige Innen- und Außenpolitik der Russischen Föderation grundsätzlich kritisiert.

Die Schülerinnen und Schüler sahen in der Russischen Föderation ein Land, von dem keine ernsthafte Bedrohung ausgeht. Ungeachtet dessen wurde Russland im Rahmen von POL&IS von den gleichen Schülerinnen und Schülern dennoch klischeehaft als „aggressive Großmacht“ dargestellt. Mögliche Demokratiedefizite in Russland offenbarten sich den Jugendlichen in Zusammenhang mit dem Umgang der dortigen Behörden mit der Mädchenband „Pussy Riot“.

Mit Blick auf den Balkan berichteten viele Jugendoffiziere, dass das Engagement der EU, der NATO und der Einsatz der Bundeswehr erheblich in den Interessenhintergrund gerückt seien. Zum Ende des Berichtsjahres erweckten der Syrien-Konflikt und die damit einhergehende Diskussion um die Stationierung von deutschen „Patriot-Flugabwehrsystemen“ an der türkisch-syrischen Grenze die Aufmerksamkeit der Schülerinnen und Schüler.

7. Afrika, Asien, Naher Osten

Kenntnisse über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten waren nicht sonderlich ausgeprägt. Die sich im Berichtsjahr massiv verschlechternde Situation in Somalia prägte die Wahrnehmung über den afrikanischen Kontinent maßgeblich, gefolgt von den Konflikten in Libyen und Syrien. Den Menschen in den Ländern des arabischen Frühlings, die nach Freiheit streben, wurde unverändert viel Sympathie entgegengebracht.

Die Komplexität des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern führte dazu, dass sich einige Schülerinnen und Schüler von einseitiger Berichterstattung beeinflussen ließen, Stereotype unreflektiert übernahmen und Israel zunehmend als alleinigen Verursacher der Gewaltspirale ansahen. Verschärfend wirkten sich hierbei die tatsächliche israelische Siedlungspolitik und der Umgang Israels mit den arabischen Bewohnern des Gazastreifens aus. Mit dem Nahen Osten wurden die Spannungen zwischen Israel und dem Iran vor dem Hintergrund des iranischen Atomprogramms in Verbindung gebracht. Geplante deutsche Rüstungsexporte in die „Gesamt-Region“ wurden kritisch hinterfragt, wenngleich Details oder Hintergründe dazu von den Jugendlichen kaum näher erläutert werden konnten.

Aufgrund seiner Präsenz in sozialen Netzwerken erwarb sich der Anführer der ugandischen Lord’s Resistance Army, LRA („Widerstandsarmee des Herrn“), Joseph Kony, bei den Jugendlichen einen gewissen Bekanntheitsgrad. Gleichwohl war über die Hintergründe dieses Konfliktes sehr wenig bekannt.

Zum Teil spielte die Entwicklung Chinas als stark aufstrebende Macht in Asien in den Schulen eine durchaus wachsende Rolle. Spannungsherde wie die koreanische Halbinsel, Pakistan und/oder Indien wurden hingegen nur dann Gegenstand der Diskussion, wenn dies von den Jugendoffizieren angestoßen wurde.

Wirtschaftliche Krisen wurden von den Jugendlichen grundsätzlich als eine größere Bedrohung individueller Lebensplanung angesehen als zum Beispiel die Gefahren, die vom internationalen Terrorismus ausgehen. Von utopischen Vorstellungen einer heilen und dauerhaft friedlichen Welt hatten sich die Schülerinnen und Schüler jedoch größtenteils längst verabschiedet. Erfahrungen und Schilderungen aus dem Lebensumfeld der Schülerinnen und Schüler, wie etwa Firmeninsolvenzen und Arbeitslosigkeit sowie persönliche Ängste vor eigener wirtschaftlicher Not waren Anlass für die Jugendoffiziere, die Zusammenhänge und Abhängigkeiten von Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik verständlich darzustellen.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Politische Willensbildung und die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft setzen objektive Informationen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voraus. Dazu trugen die Jugendoffiziere im Berichtszeitraum als „Brücke zum Bürger“ ihren Anteil bei. Den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens in der politischen Bildung streng verpflichtet, sind die Jugendoffiziere in der bundesdeutschen Bildungslandschaft anerkannte Referenten für alle Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies zeigte sich unter anderem in einer ungebrochen hohen Nachfrage nach Vorträgen, POL&IS und sicherheitspolitischen Seminaren, die vielfach die terminlichen Möglichkeiten für eine Realisierung überstieg.
Insgesamt führten die Jugendoffiziere der Bundeswehr – wie bereits in Ziffer I.2. erwähnt – im Berichtsjahr 7.081 Veranstaltungen durch und erreichten dabei 175.447 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern, Schulen und Schulbehörden sowie den Kultusministerien und den Stellen der regionalen Lehreraus- und Fortbildung gestaltete sich wie auch in den letzten Jahren in allen Bundesländern im Berichtsjahr intensiv, konstruktiv und vertrauensvoll. Die Angebote der Jugendoffiziere wurden im gesamten Bundesgebiet als positiv und zielführend bewertet und ihre Arbeit erfuhr durch die Lehrerinnen und Lehrern ein hohes Maß an Wertschätzung.

Besonders wertvoll für eine nachhaltige Kooperation erwies sich einmal mehr die frühzeitige Kontaktaufnahme mit angehenden Lehrerinnen und Lehrern in den jeweiligen Studienseminaren. Seminarfahrten und Informationsveranstaltungen für Referendarinnen und Referendare eignen sich erfahrungsgemäß besonders gut, um Vorurteile gegenüber der Bundeswehr und Berührungsängste frühzeitig abzubauen und junge, zukünftige Lehrkräfte als Kooperationspartnerinnen und -partner zu gewinnen. Dies zeigte sich auch in der Zusammenarbeit mit jungen Lehrerinnen und Lehrern, die deutlich aufgeschlossener den Informationsangeboten der Jugendoffiziere gegenüberstanden.

Bestehende Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien der Länder haben die Zusammenarbeit mit den Schulbehörden und den Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung im Jahr 2012 verstetigt.

Politisch motivierte Aktionen gegen Veranstaltungen der Jugendoffiziere an Schulen sowie die Diskussionen um die Kooperationsvereinbarungen haben keine nennenswerte negative Wirkung auf die praktische Tätigkeit der Jugendoffiziere gezeigt. Die Einsatzzahlen der Jugendoffiziere bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau.

Das Interesse der Jugendlichen an Sicherheitspolitik wird unverändert als gering angesehen. Die häufig fehlenden politischen und sicherheitspolitischen Grundkenntnisse sind der inhaltliche Abholpunkt für die „Facharbeit“ der Jugendoffiziere in enger Abstimmung mit den Lehrerinnen und Lehrern.

Zum einen fühlt sich der überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gegenüber inneren und äußeren Bedrohungen sicher. Zum anderen werden Sicherheitspolitik und die damit verbundene Sicherheitsvorsorge in den Schulen nicht oder nur in sehr geringem Umfang thematisiert. Die Jugendlichen waren erst bereit, sich intensiver mit der Thematik auseinanderzusetzen, nachdem der persönliche Bezug und damit die eigene Betroffenheit hergestellt werden konnte. Der Staat wird von den Jugendlichen zunehmend, und hier setzt sich der Trend der letzten Jahre fort, als „Vollkaskoversicherung“ zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Garant der persönlichen Sicherheit ohne Selbstbeteiligung angesehen.

Thematische Schwerpunkte aller Veranstaltungsformate waren der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, die Gefahr des internationalen Terrorismus und sicherheits- und verteidigungspolitische Kernthemen wie VN, NATO und die EU mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Aber auch aktuelle Themen wie die Ereignisse und Entwicklungen in der arabischen Welt wurden durchaus nachgefragt.

Die im vorliegenden Bericht genannten Defizite im Bereich der politischen Bildung unterstreichen die Notwendigkeit, die angebotenen Themen weiterhin schülernah und anschaulich darzustellen. Deshalb ist für das Jahr 2013 u.a. eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den lokalen Bundestagsabgeordneten, den Seminaren für schulpraktische Lehrerausbildung, den politischen Parteien in den jeweiligen Länderregionen des Bundesgebiets sowie den Universitäten und studentischen Vereinigungen geplant.

Unabhängige und überparteiliche Institutionen und Organisationen bieten die Möglichkeit, sicherheitspolitische Themenbereiche für eine breite Öffentlichkeit anzubieten. Diese Möglichkeit wird durch die Jugendoffiziere zukünftig noch stärker genutzt werden, um so neue Zielgruppen außerhalb der Schulen zu erschließen. Dies ist besonders wichtig in Regionen, in denen die Bundeswehr mangels Truppenpräsenz zunehmend aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet.

Die Nutzung elektronischer Medien und sozialer Netzwerke gilt es unbedingt auszubauen, da diese die bestimmenden Austauschplattformen der Jugend sind. Der Auftritt als moderne, zeitgemäße Armee und die Transparenz gegenüber der breiten Öffentlichkeit erfordern eine Verstärkung der Präsenz in diesen Bereichen.

Laut Einzelaussagen von Lehrerinnen und Lehrern stellt sich der abnehmende Stundenansatz der gesellschaftskundlichen Unterrichtsfächer ebenso wie der umfangreiche Lehrplan des G8-Schulmodells zunehmend als Problem dar, der den Lehrerinnen und Lehrern fortan weniger zeitlichen Gestaltungsraum für externe Referenten ermöglicht. Die Entwicklung werden die Jugendoffiziere in ihren Betreuungsbereichen im kommenden Schuljahr verfolgen.

Hauptaugenmerk wird in allen Bundesländern auch im Jahr 2013 darauf gelegt werden, den Themenbereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Erfahrungsschatz der Schülerinnen und Schüler einzubringen und somit zu einem besseren Verständnis sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse beizutragen. Durch offen und durchaus kontrovers angelegte Diskussionen sollen die Schülerinnen und Schüler auch weiterhin im Rahmen der pluralistischen Meinungsbildung das Für und Wider sicherheitspolitischer Entscheidungen und Handlungen abwägen können. Über dieses Vorgehen wird die Bildung eines eigenen, fundierten und argumentativ abgeleiteten Urteils ermöglicht.

Verfassungsorgane und staatliche Institutionen erfahren dann Zuspruch und Legitimität, wenn sie die Transparenz suchen und jede Bürgerin bzw. jeder Bürger die politischen Prozesse und Entscheidungen nachvollziehen kann. In diesem Sinne werden die Jugendoffiziere als Vertreter der Bundeswehr und einer Parlamentsarmee in der Öffentlichkeit auch im nächsten Berichtsjahr alles daran setzen, den Zielgruppen die Komplexität sicherheitspolitischer Grundlagen und Zusammenhänge anschaulich zu vermitteln und sie für Risiken und Bedrohungen zu sensibilisieren.
In diesem Zusammenhang kann nur eine wirklich gelebte Diskussionskultur demokratisches Grundverständnis pflegen und gegen die Verfestigung von Stereotypen und die Bildung politischer Radikalitäten vorbeugen.

Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere und -unteroffiziere

1. Grundlagen

Es entspricht dem Selbstverständnis einer Demokratie, dass ihre Sicherheit Angelegenheit des ganzen Volkes ist.

Das Grundgesetz umfasst gleichermaßen Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft mit Streitkräften auf der Grundlage der Wehrpflicht. Lasten und Pflichten, die der Staat seinen Bürgern auferlegen muss, machen es notwendig, Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung besonders den jungen Staatsbürgern verständlich zu machen. Die Bundeswehr nimmt diese Aufgabe durch ihre Öffentlichkeitsarbeit wahr. Aussagen zur Sicherheitspolitik, die Einbindung Deutschlands in seine Bündnisse, der deutsche Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sind Bestandteile dieser Arbeit.

2. Aufgaben

Einer der wesentlichen Träger dieser Informationsarbeit ist der Jugendoffizier/-unteroffizier. Er ist mit seinem Informationsangebot im weitesten Sinne in der politischen Bildung tätig. Er nimmt Stellung zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlicht hauptsächlich der jungen Generation den Sinn des (seit 1. Juli 2011 freiwilligen) Wehrdienstes und die Notwendigkeit des persönlichen Engagements eines jeden einzelnen Bürgers in der parlamentarischen Demokratie. Dies geschieht überwiegend in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen.
Der persönliche Einsatz des Jugendoffiziers/-unteroffiziers unterstreicht die Glaubwürdigkeit dieser Information.

Die Tätigkeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers als wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen kann Informationen zu folgenden Themenbereichen umfassen:

- die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- die Einbindung Deutschlands in NATO, EU, OSZE und VN,
- den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung,
- die ethischen, moralischen und rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienens,
- das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft,
- den Sachstand, die Perspektiven und die Herausforderungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
- den Alltag in der Truppe sowie den laufenden Neuausrichtungsprozess der Streitkräfte.

Der Jugendoffizier/-unteroffizier betreibt keine Nachwuchswerbung. Er verweist Interessenten und Bewerber an die dafür zuständigen Stellen.

3. Rahmenbedingungen für die Tätigkeit eines Jugendoffiziers/-unteroffiziers

Die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Jugendoffiziers/-unteroffiziers werden vorgegeben durch Gesetze, Weisungen und Erlasse sowie den Auftrag der Bundeswehr:

- Aufgabe jeder Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte ist es, den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern.
- Gelder für die Öffentlichkeitsarbeit werden durch den Gesetzgeber ausschließlich mit der Zweckbestimmung vergeben, "das Verständnis für politische Maßnahmen zu erhöhen".
- Die bildungspolitische Verantwortung obliegt den einzelnen Bundesländern.

Der Jugendoffizier/-unteroffizier steht deshalb vor allem den Schulen auf Einladung als Fachmann zur Verfügung. Er ergänzt und begleitet den Unterricht. Die Verantwortung für den Unterricht und die Lernziele trägt der Lehrer.

4. Einzelheiten

Die Bundeswehr verfügt derzeit über 94 hauptamtliche Jugendoffiziere. Daneben sind auf Verbandsebene jeweils ein Jugendoffizier und ein Jugendunteroffizier in Nebenfunktion tätig.

Hauptamtliche Jugendoffiziere sind Offiziere im Dienstgrad Hauptmann/Kapitänleutnant. Sie verbleiben durchschnittlich drei Jahre in dieser Funktion. Nebenamtliche Jugendoffiziere tragen meist den Dienstgrad Leutnant oder Oberleutnant, Jugendunteroffiziere sind in der Regel jüngere Feldwebel-Dienstgrade.

Hauptamtliche Jugendoffiziere arbeiten überwiegend zusammen mit
- Schulen als unterrichtsbegleitende Experten,
- Jugendverbänden und -organisationen,
- nichtorganisierten Jugendlichen,
- politischen Bildungseinrichtungen und
- den Schul- und Kultusbehörden der Länder.

Sie bieten ihre Mitarbeit an, wenn sicherheitspolitische Informationen oder Kontakte zur Bundeswehr gewünscht werden:
- Sie stehen als militärische Fachleute zur Unterstützung im Unterricht, bei Projektwochen und Tagungen für Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Verfügung.
- Sie bieten sicherheitspolitische Seminare an oder vermitteln Teilnahmemöglichkeiten.
- Sie stellen kostenlos Informationsmaterial zur Verfügung.

Nebenamtliche Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere organisieren vornehmlich Besuche bei der Truppe, bei denen sich Jugendliche und Erwachsene ein Bild vom Alltag des Soldaten machen können.

Alle Jugendoffiziere werden in einem dreiwöchigen Grundlehrgang, hauptamtliche Jugendoffiziere zusätzlich in einem dreiwöchigen Aufbaulehrgang und einem einwöchigen Vertiefungslehrgang mit den Schwerpunkten Sicherheitspolitik und Kommunikationstechnik auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Jugendunteroffiziere werden in einem zweiwöchigen Grundlehrgang ausgebildet.

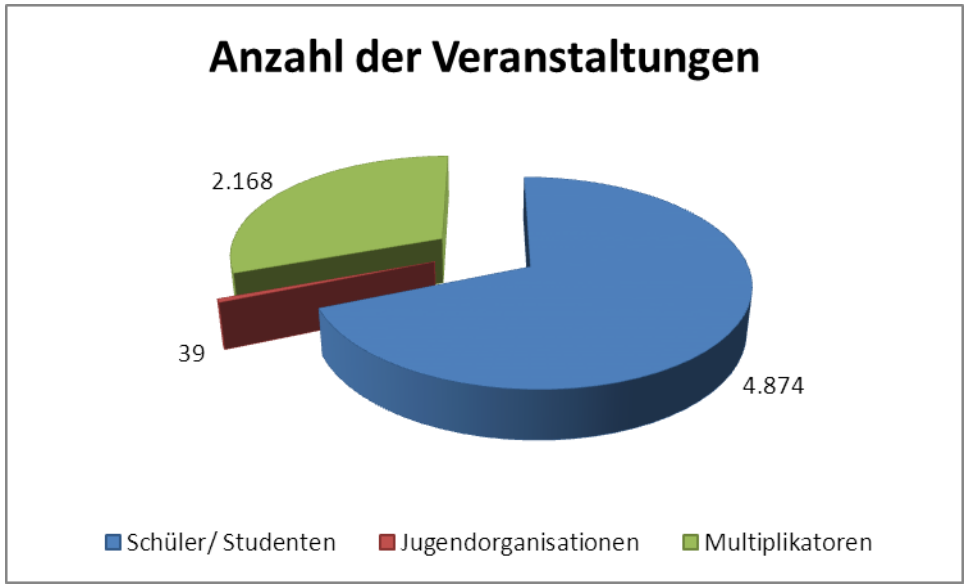
Anlage 2a zu
BMVg Presse- und Informationsstab Referatsleiter Internet; Öffentlichkeitsarbeit
- Jahresbericht der Jugendoffiziere 2012 - vom 13. Mai 2013

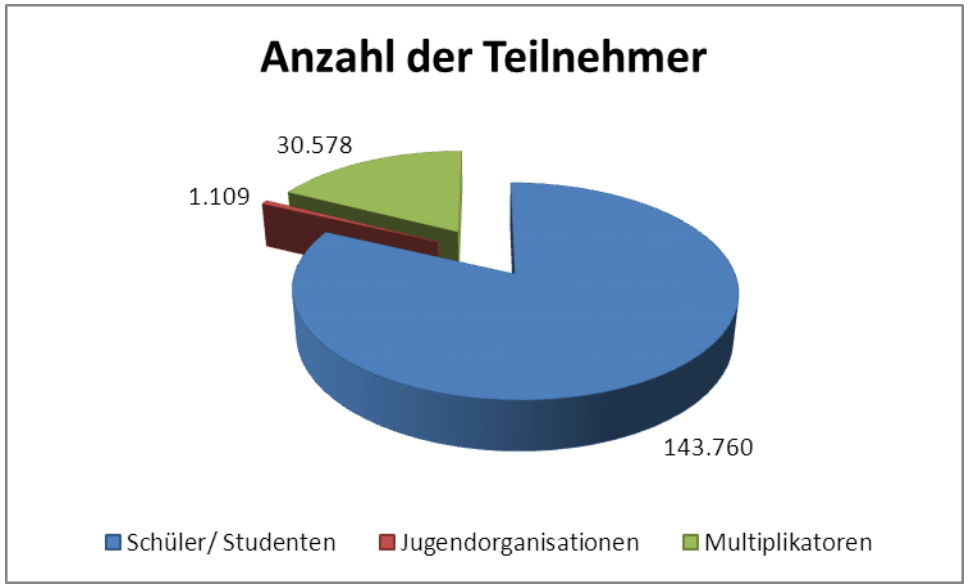
Einsatzstatistik der Jugendoffiziere 2012

Art der Veranstaltungen	**Vorträge**		**Podiums-diskussionen**		**Seminare** (ein- und mehrtägige Veran-staltungen)		**Besuche bei der Truppe**		**Informationsveranstal-tung über die Tätigkeit Jugendoffizier**		**Summe**	
Zielgruppen	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer	Anzahl Einsätze	Anzahl Teilnehmer
Hauptschule	172	7.241	0	0	22	985	19	878	---	---	213	9.104
Realschule	1.117	27.452	1	47	119	3.030	169	5.265	---	---	1.406	35.794
Gymn. Sek. Stufe I	483	13.213	4	188	77	2.412	43	1.565	---	---	607	17.378
Gymn. Sek. Stufe II	1.412	37.235	13	1.260	306	17.142	44	1.698	---	---	1.775	57.335
Berufsb. Schulen	532	14.442	2	165	74	1.824	36	1.467	---	---	644	17.898
Universitäten	93	2.178	6	342	50	1.054	8	342	---	---	157	3.916
Sonst. Schulen	49	1.288	2	143	20	816	1	88	---	---	72	2.335
Schüler/ Studenten	**3.858**	**103.049**	**28**	**2.145**	**668**	**27.263**	**320**	**11.303**	**0**	**0**	**4.874**	**143.760**
Jugendorganisationen	**17**	**455**	**5**	**321**	**5**	**87**	**9**	**225**	**3**	**21**	**39**	**1.109**
Schule/ Lehrkräfte	171	4.812	17	315	298	4.213	47	312	529	2514	1.062	12.166
Schulbehörden	17	988	2	0	29	812	2	48	301	176	351	2.024
Gesellschaft/ Kirche	34	89	5	106	5	341	4	19	102	16	150	571
Wirtschaft	33	125	2	12	11	543	4	54	56	59	106	793
Presse	31	127	1	16	3	645	2	3	31	35	68	826
Politik	60	2.261	4	143	27	2513	21	314	132	314	244	5.545
Bundeswehr	45	508	0	12	3	312	0	0	0	0	48	832
Sonst. Multiplikatoren	84	635	9	452	11	5.165	10	1413	25	156	139	7.821
Multiplikatoren	**475**	**9.545**	**40**	**1.056**	**387**	**14.544**	**90**	**2.163**	**1.176**	**3.270**	**2.168**	**30.578**
Großveranstaltungen	(mehrtägige Informationsstände bei Tagen der Offenen Tür, Großübungen, Messeeinsätze, etc.)									insgesamt	**213***	Nicht quantifi-zierbar Mehrere Zehn-tausend
Gesamt	**4.350**	**113.049**	**73**	**3.522**	**1.060**	**41.894**	**419**	**13.691**	**1.179**	**3.291**	**7.081**	**175.447**

* Anzahl der Einsätze bei Großveranstaltungen in Gesamtanzahl der Einsätze nicht berücksichtigt, da nicht quantifizierbare Teilnehmerzahl.

Einsätze der Jugendoffiziere 2012 nach Zielgruppen

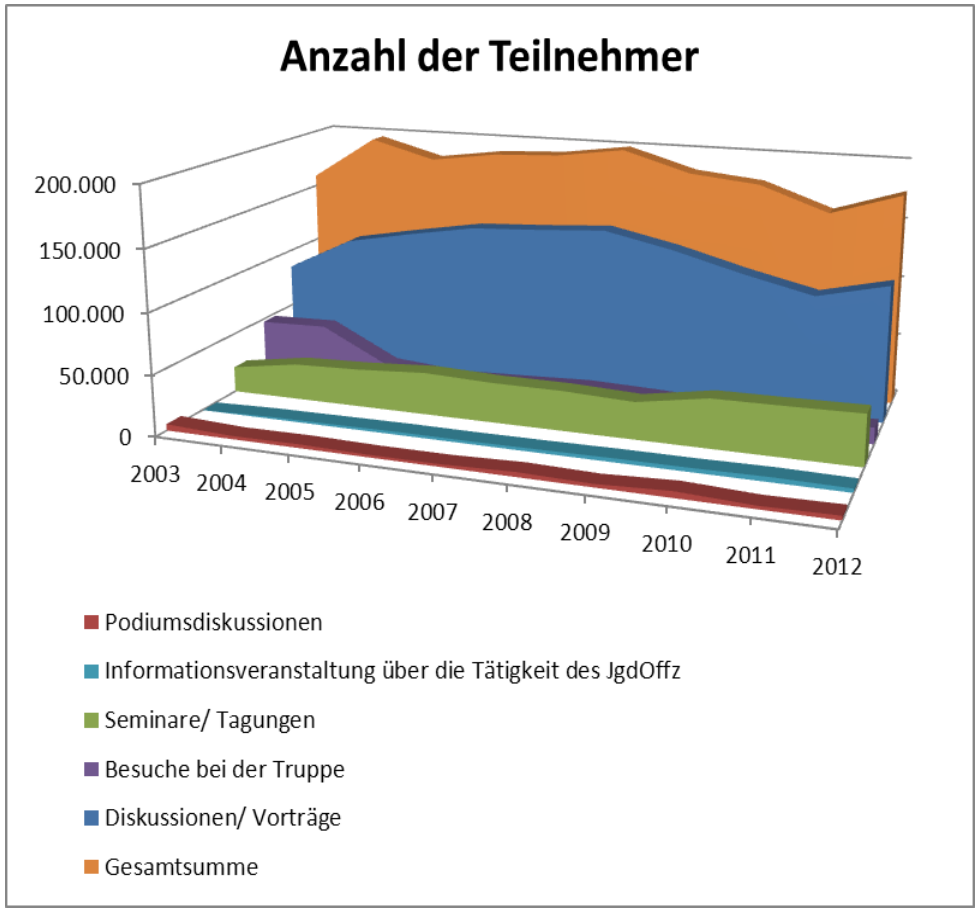


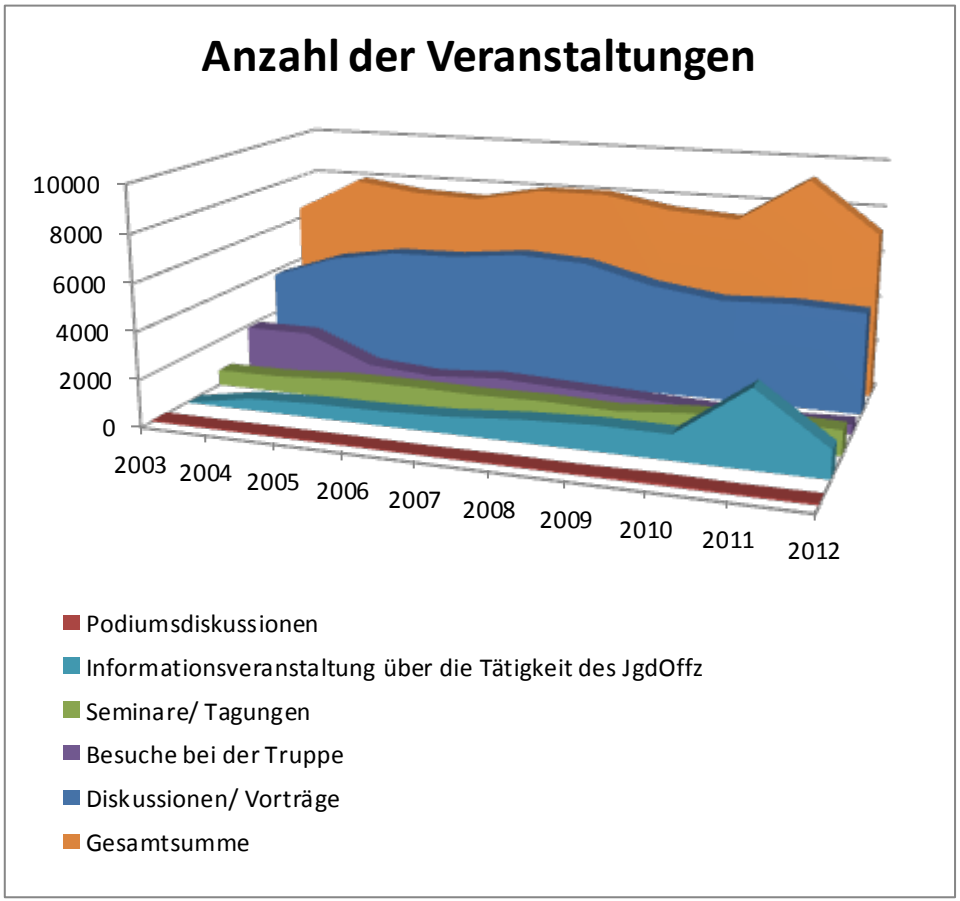


Vergleich der Einsatzstatistiken 2003 bis 2012

Veranstaltungen		Diskussionen/ Vorträge		Podiumsdiskussionen		Seminare/ Tagungen		Besuche bei der Truppe		Info-Veranstaltung JgdOffz		Summe nach Zielgruppen	
		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl	
Zielgruppen	Jahr	Veranst.	Teilnehmer	Veranst.	Teilnehmer	Veranst.	Teilnehmer	Veranst.	Teilnehmer	Veranst.	Teilnehmer	Veranst.	Teilnehmer
Schüler/ Studenten	**2012**	**3.858**	**103.049**	**28**	**2.145**	**668**	**27.263**	**320**	**11.303**	**0**	**0**	**4.874**	**143.760**
	2011	4.213	89.565	26	1.647	892	33.281	290	9.131	---	---	5.421	133.624
	2010	4.117	102.112	34	3.124	839	32.789	333	12.485	29	181	5.352	150.691
	2009	4.465	115.249	27	1.806	635	24.811	425	15.415	48	204	5.836	157.485
	2008	5.174	128.819	32	2.527	675	26.589	520	17.273	79	255	6.480	175.463
	2007	5.125	128.118	20	1.417	641	26.892	576	15.911	239	604	6.601	172.942
	2006	4.982	126.301	42	1.246	710	29.621	503	14.449	204	448	6.441	172.065
	2005	4.667	112.914	27	1.905	684	26.863	662	17.962	125	421	6.165	160.065
	2004	4.244	102.952	26	1.627	520	23.993	1.082	28.189	131	434	6.003	157.195
	2003	3.192	76.092	40	4.048	519	20.651	1.093	29.532			4.844	130.323
Jugendgruppen/ Verbände	**2012**	**17**	**455**	**5**	**321**	**5**	**87**	**9**	**225**	**3**	**21**	**39**	**1.109**
	2011	43	630	11	393	9	277	3	89	37	69	103	1.458
	2010	58	1.475	28	1.184	16	474	13	440	60	203	175	3.776
	2009	46	1.352	6	180	13	466	11	256	66	203	148	2.457
	2008	55	1.139	12	632	14	428	22	703	51	124	154	3.026
	2007	45	845	14	493	11	344	38	557	25	97	133	2.336
	2006	70	1.854	14	760	23	827	24	604	30	157	161	4.202
	2005	129	2.329	20	688	11	447	26	697	34	95	220	4.256
	2004	95	3.363	20	558	5	129	98	2.321	26	46	244	6.417
	2003	90	2.238	18	749	11	280	102	2.588			221	5.855
Multiplikatoren	**2012**	**475**	**9.545**	**40**	**1.056**	**387**	**14.544**	**90**	**2.163**	**1.176**	**3.270**	**2.168**	**30.578**
	2011	225	9.363	24	589	238	7.350	24	471	3.218	3.950	3.729	21.723
	2010	190	9.158	38	901	209	7.067	84	2.312	974	2.957	1.823	22.395
	2009	248	11.335	17	753	165	5.394	104	2.253	969	2.845	1.569	22.645
	2008	268	10.016	25	779	201	5.980	105	1.668	828	2.295	1.427	20.738
	2007	486	7.276	7	304	188	5.883	157	994	471	1.614	1.309	16.071
	2006	288	5.190	6	122	153	4.670	38	630	397	1.860	882	12.472
	2005	477	8.517	15	497	173	4.371	86	1.793	451	1.445	1.202	16.623
	2004	454	6.871	16	485	173	5.797	745	18.110	339	1.018	1.727	32.281
	2003	510	6.930	11	413	140	413	731	15.294			1.392	23.050
Gesamtsumme	**2012**	**4.350**	**113.049**	**73**	**3.522**	**1.060**	**41.894**	**419**	**13.691**	**1.179**	**3.291**	**7.081**	**175.447**
Veranstaltungen Teilnehmer	2011	4.481	99.558	61	2.629	1.139	40.908	317	9.691	3.255	4.019	9.253	156.805
	2010	4.365	112.745	100	5.209	1.064	40.330	430	15.237	1.063	3.341	7.350	176.862
	2009	4.759	127.936	50	2.739	813	30.671	540	17.989	1.083	3.252	7.553	182.587
	2008	5.497	139.974	69	3.938	890	32.997	647	19.644	958	2.674	8.061	199.227
	2007	5.656	136.239	41	2.214	840	33.119	771	17.462	735	2.315	8.043	191.349
	2006	5.340	133.345	62	2.128	886	35.118	565	15.683	631	2.465	7.484	188.739
	2005	5.273	123.760	62	3.090	868	31.681	774	20.452	610	1.961	7.587	180.944
	2004	4.793	113.186	62	2.670	698	29.919	1.925	48.620	496	1.498	7.974	195.893
	2003	3.792	85.260	69	5.210	670	21.344	1.926	47.414			6.457	159.228

Entwicklung der Einsätze der Jugendoffiziere von 2003 bis 2012





Verteiler

Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages		100x
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages		10x
Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst WF II G (Ber. BMVg)		1x
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung - Referat 310 -		1x
Bundespräsidialamt - Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten		1x
Bundeskanzleramt - Grp 22		1x
Katholisches Militärbischofsamt		1x
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr		1x
Bundesakademie für Sicherheitspolitik		5x
Bundesministerium der Verteidigung - Innenverteiler II		57x
	gesamt	178x

<u>Fachpersonal Informationsarbeit und weitere Institutionen</u>
<u>Versand durch SKA InfoService</u>

Streitkräfteamt		
- Amtschef		1x
- Ltr FachAbt I / IMZBw		1x
- AkBwInfoKom Fachbereich ÖA		25x
Presse- und Informationszentren		
- Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung		5x
- Einsatzführungskommando der Bundeswehr		5x
- Heer		30x
- Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen		5x
- Luftwaffe		15x
- Marine		10x
- Personal		5x
- Sanitätsdienst		10x
- Streitkräftebasis		30x
Zentrum Innere Führung		10x
Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation		30x
Führungsakademie der Bundeswehr		10x
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr		7x
Hauptamtliche Jugendoffiziere		94x
Nebenamtliche Jugendoffiziere		260x
Stabsoffiziere für Öffentlichkeitsarbeit		10x
Sekretariat KMK		20x
Reserve Pr-InfoStab 2		80x
	gesamt	628x
Gesamt		**841x**

Darüber hinaus zum Download in der RubrikVeröffentlichung unter <u>www.bundeswehr.de</u> und im Intranetportal der Bundeswehr